



# Vermögens-

EUROPA

## Wettbewerb unter Bremsern

Unter dem Druck von EU und Banken wird der spanische Premierminister Mariano Rajoy am Freitag eine Kürzung der Staatsausgaben in Höhe von 40 Milliarden Euro verkünden. Ähnlich wie zuvor schon Griechenland und Portugal wurde Spanien von der Europäischen Kommission dazu gezwungen, das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf 5,3% des BIP zu reduzieren, trotz Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen in Höhe von 15 Milliarden Euro, die die Bevölkerung bereits im letzten Jahr zu verkraften hatte. Nach Meinung der spanischen Gewerkschaften, die für morgen zum Generalstreik aufrufen, werden die Kürzungen massive Auswirkungen auf die Bildung und andere öffentliche Dienste haben. Per Dekret wurde am 11. Februar außerdem die Tarifautonomie erheblich eingeschränkt. Arbeitgeber können jetzt einseitig ohne Zustimmung der Gewerkschaften Arbeitszeit, Lohnstruktur und Arbeitsbedingungen verändern. Unternehmen, die drei Quartale in Folge Verluste gemacht haben, können Arbeitnehmer entlassen und müssen nur noch geringe Abfindungen zahlen. Schon jetzt hat Spanien mit 24 Prozent die höchste Arbeitslosenrate in Europa. Mehr als fünf Millionen Spanier sind ohne Beschäftigung. Besonders schlimm ist die Situation der jungen Menschen, von denen jeder zweite arbeitslos ist. Mehr als ein Viertel aller Spanier lebt heute unterhalb der Armutsgrenze. Sechzig Prozent derjenigen, die noch Arbeit haben, verdienen weniger als tausend Euro im Monat.

Ähnlich schlimm ist die Lage in Portugal, wo die Gewerkschaften bereits am letzten Donnerstag zum Generalstreik aufgerufen hatten. Die Bildungsausgaben sollen in diesem Jahr um 1,5 Milliarden Euro gekürzt werden – nach 800 Millionen Euro im letzten Jahr. Mit 3,8 Prozent vom BIP liegen die Ausgaben für Bildung in Portugal am untersten Ende in Europa. Für die Lehrkräfte bedeutet dies eine Erhöhung der Stundenzahl, Pensionskürzungen und Einkommensverluste von

bis zu dreißig Prozent. Die offizielle Arbeitslosenquote in Portugal liegt über 14 Prozent - Tendenz steigend. Prognosen zufolge wird die Wirtschaft im laufenden Jahr um 3,5 Prozent schrumpfen. Das Arbeitsmarktpaket, das die konservative Regierung unter Pedro Passos Coelho im Januar beschlossen hat, sieht eine faktische Streichung des Kündigungsschutzes und eine Verlängerung der Arbeitszeit vor: Vom Urlaub wurden vier Tage gestrichen, drei Feiertage wurden abgeschafft und jeder Angestellte muss seinem Unternehmen eine Art Zeit-Guthaben zur Verfügung stellen: zusätzliche Überstunden, auf die der Arbeitgeber kostenlos zugreifen kann.

Auch in Großbritannien setzen sich die Gewerkschaften dagegen zur Wehr, dass die Lasten der Krise auf ArbeitnehmerInnen abgewälzt werden sollen: Für den 28.3. hatten die britischen Lehrgewerkschaften zu einem eintägigen Streik gegen geplante Pensionskürzungen im öffentlichen Dienst aufgerufen.

Mehr Informationen zu den Streiks in Spanien, Portugal und Griechenland im Internet unter:

### **Spain's general strike is also a day of action for the 99%**

<http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2012/mar/27/spain-general-strike-99-per-cent>

### **Portugal: unions demand new social policy**

[http://www.ei-ie.org/en/news/news\\_details/2116](http://www.ei-ie.org/en/news/news_details/2116)

### **UK: Unions strike over pension proposals**

[http://www.ei-ie.org/en/news/news\\_details/2115](http://www.ei-ie.org/en/news/news_details/2115)

ANDREAS KELLER  
GEW-Bundesvorstand